## 1. Einleitung

Trotz rückläufiger Fertilitätsraten wächst die Weltbevölkerung jährlich um ca. 78 Millionen. Das größte Wachstum findet in den Entwicklungsländern statt. Die Implikationen sind weitreichend. Sie reichen von stärkerer Ressourcennutzung, Umweltbelastungen, Einfluß auf die Ernährungssituation bis hin zu Migration und weiteren indirekten Folgen des Bevölkerungswachstums. Die Literatur zur Bevölkerungsentwicklung ist zahlreich. Oft wird das starke Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern als Bedrohung (Bevölkerungsbombe, Bevölkerungsexplosion) dargestellt. Bedrohungsszenarien sollten jedoch in einem sensiblen Bereich wie der Familienplanung, bei dem Mann und Frau letztendlich ihre Entscheidung bzgl. der Kinderzahl treffen, keinen Bestand haben.

Durch Bedrohungen können oft Handlungen gerechtfertigt werden, die später zu Zwangsmaßnahmen führen und möglicherweise individuelle Menschenrechte gefährden. Bedrohungsszenarien verlangen oft nach schnellen Lösungen. Das hohe Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern birgt vielschichtige Probleme in sich, die langfristig angelegte Lösungskonzepte erfordern. Die Ursachen und Folgen des Bevölkerungswachstums sind bekannt. Da trotzdem ein hohes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist, stellt sich die Frage, ob gegen die Ursachen nicht zielgerichtet gehandelt wurde bzw. mit inadäquaten Mitteln oder ob vielleicht nicht alle Ursachen in Erwägung gezogen wurden. Bei der Ursachen- und Folgenanalyse hohen Bevölkerungswachstums sollte unterschieden werden zwischen den Ursachen und Folgen für die Frau, für die Familie, für die Gesellschaft eines Landes, und letztendlich müssen globale Auswirkungen beachtet werden.

Dieser Arbeit liegt die These zu Grunde, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen langfristig nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie Teil einer familien- und gesundheitsorientierten Entwicklungspolitik sind und im Kontext zu Armutsbekämpfung, Befriedigung von Grundbedürfnissen und Gleichberechtigung / Gleichstellung von Männern und Frauen stattfinden. Bislang wurden

entwicklungspolitische Strategien, die eine starke Partizipation der Bevölkerung und damit auch einen langfristigen Prozeß beinhalteten, nach kurzer Zeit durch erfolgversprechende kurzfristige Lösungsansätze ersetzt. Trotz dieser erheblichen Änderung der Inhalte und Zielsetzungen wurden Namen und Begriffe der Strategien beibehalten. Diese These wird an Hand der Strategie zur Befriedigung von Grundbedürfnissen und dem Konzept der primären Gesundheitspflege erörtert werden.

In dem Förderkonzept<sup>1</sup> des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird die Bedeutung der Doppelstrategie im Rahmen der Bevölkerungspolitik betont, wobei Doppelstrategie Familienplanung sowie Befriedigung von Grundbedürfnissen bedeutet - insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährungssicherung. Von besonderer Bedeutung werden Maßnahmen zur Förderung von Frauen genannt. Diese Vorgehensweise ist identisch mit der Bevölkerungspolitik des UNFPA.<sup>2</sup>

Die oben aufgeführte These geht einen Schritt weiter und betont dabei die Orientierung hin zur Familie und dem Gesundheitsbereich. Es wird der Versuch unternommen, die Strategie der Grundbedürfnisbefriedigung und das Konzept der primären Gesundheitspflege (Primary Health Care) auf seine Aktualität und Nutzen für heutige Entwicklungszusammenarbeit zu analysieren. Diese beiden Konzepte/Strategien traten, nachdem sie zu Beginn der achtziger Jahre stark propagiert wurden, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bis heute in den Hintergrund und wurden nur noch teilweise verfolgt bzw. in andere Strategien integriert. Es soll ein Blick zurückgeworfen werden. Was kann aus diesen "alten" Ansätzen gelernt werden? Welches sind die positiv verwertbaren Erfahrungen? Insbesondere soll der Zusammenhang mit Strategien, die das Bevölkerungswachstum verringern sollen, herausgestellt werden.

Welchen Beitrag können Grundbedürfnisbefriedigung und Primäre Gesundheitspflege leisten, das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern zu verlangsamen und damit die Entwicklung nachhaltig voranzubringen?

\_

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> BMZ (1991): Förderkonzept - Bevölkerungspolitik und Familienplanung. Grundsätze für die Planung und Durchführung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Bevölkerungspolitik und Familienplanung. Bonn.

Bevölkerungswachstum und Armut in Entwicklungsländern sind eng miteinander verflochten. Wege zur Beseitigung von Armut zu finden, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Regierungen in Entwicklungsländern zu lösen haben. Aufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit ist es, die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen.

Armutsbekämpfung bzw. Armutsbeseitigung bergen vielschichtige Probleme in sich, die, wenn überhaupt, nur durch groß angelegte sozial- und wirtschaftspolitische Rahmenprogramme gelöst werden können. Die Terminologie ist dementsprechend zuzuordnen. Es ist nicht Anspruch dieser Arbeit, solche Rahmenprogramme aufzuzeigen, zumal jedes Land unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen bietet. Vielmehr werden (alte) Wege aufgezeigt, die zu einer "Armutsminderung" führen können. "Armutsminderung", scheint die der Praxis besser angepaßte Terminologie zu sein.

Gesundheitliches Wohlbefinden des Menschen ist Voraussetzung für jegliche Form von Entwicklung. Ausgehend von dieser Prämisse und der Tatsache, daß Familienplanung und reproduktive Gesundheit mit dem Gesundheitssektor verbunden sind, wird der Gesundheitssektor als Ausgangsbasis genommen. Insbesondere soll das Zusammenwirken des Ansatzes der primären Gesundheitspflege mit der Strategie der Befriedigung von Grundbedürfnissen näher untersucht werden. Die Interaktion zwischen Grundbedürfnisbefriedigung, Bevölkerungswachstum, primärer Gesundheitspflege und nachhaltiger Entwicklung stellt hierbei einen zentralen Aspekt dar.

Ausgehend von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Bevölkerungswachstum wird die demographische Ausgangssituation geschildert sowie auf Bevölkerungsprognosen eingegangen. Im dritten Kapitel werden Ursachen und Folgen des Bevölkerungswachstums analysiert und Maßnahmen zur Verringerung des Bevölkerungswachstums untersucht. Die Bedeutung des Aktionsprogramms der Bevölkerungskonferenz von 1994 wird herausgearbeitet.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> DGVN (1994b): Weltbevölkerungsbericht 1994. Entscheidungsfreiheit und Verantwortung. Bonn.

In Kapitel vier wird die Bedeutung von Armut und Gesundheit einer Gesellschaft für deren Bevölkerungswachstum erörtert. Reproduktive Gesundheit und angewandte Verhütungsmethoden werden in ihrem Kontext eingeordnet.

In Kaptitel fünf wird die Strategie der Befriedigung von Grundbedürfnissen als eine Intervention, zur Armutsminderung beizutragen, in die entwicklungspolitische Diskussion eingeordnet. Anschließend wird das Konzept der primären Gesundheitspflege vorgestellt und auf seine Wirksamkeit überprüft. Die 1978 von der Weltgesundheitsorganisation erklärte Strategie "Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000" wird auf ihre Zielerreichung untersucht.

In Kapitel sieben werden die bis dahin geschilderten Theorien auf ihre Praktikabilität hin überprüft. Die Philippinen eignen sich als Fallbeispiel besonders, da sie im südostasiatischen Raum eine relativ hohe Fruchtbarkeitsrate vorweisen und zu mehr als 80 % katholischer Glaubensrichtung sind und dies Auswirkungen auf die durchgeführten Familienplanungsprogramme hat. Zumindest wird diese Annahme häufig vertreten. Daß die Feststellung nicht so ohne weiteres getroffen werden kann, wird gezeigt werden. Die Philippinen bieten noch ein weiters Merkmal, das sie zum Untersuchungsgegenstand prädestiniert. In Südostasien gehören die Philippinen zu den größten Empfängern von Entwicklungshilfegeldern im Bereich Familienplanung und Reproduktive Gesundheit. Weiterhin haben die Philippinen bereits sehr frühzeitig damit begonnen, das Konzept der primären Gesundheitspflege zu implementieren, und können daher auf eine lange Tradition und Erfahrungswerte zurückgreifen. Letztendlich hat der Verfasser dieser Arbeit mehr als drei Jahre im Gesundheitsbereich auf den Philippinen gearbeitet und hat dadurch die Möglichkeit, auf Primärquellen und eigene Erfahrungen zurückgreifen zu können.

Ausgehend von dem Bevölkerungswachstum auf den Philippinen werden die Bevölkerungspolitik sowie die Entwicklung der Familienplanungsprogramme geschildert. Die Schilderung des gesetzlichen Rahmens scheint erforderlich zur Analyse der Bedeutung der Bevölkerungspolitik. Die größten Geberorganisationen sowie auch Nichtregierungsorganisationen sollen kurz erläutert werden. Nachdem auf das Wissen und die Anwendung von Kontrazeptiva eingegangen

wurde, wird die Rolle der katholischen Kirche in Bezug auf Familienplanung untersucht werden. Daran anschließend erfolgt eine Analyse der Gesundheitssituation und Konzepte zur Armutsminderung auf den Philippinen. Es werden die wichtigsten Planungsdokumente kurz aufgeführt, um den offiziellen Rahmen hervorzuheben, in welchem Armutsminderung auf den Philippinen möglich ist.

In Kapitel acht wird an Hand eines Beispiels einer NGO auf den Philippinen das Selbsthilfepotential der Bevölkerung näher untersucht.

Basierend auf der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Strategien und ihrer Implementierung sowie den angeführten Beispielen soll der Versuch unternommen werden, Wege und Voraussetzungen für eine familien- und gesundheitsorientierte Entwicklungsstrategie aufzuzeigen

Für ein besseres Verständnis wird in Kapitel 12 ein Glossar mit der wichtigsten Fachterminologie angefügt.